

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Alexander Bonde, Hans Josef Fell, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Bärbel Höhn, Ute Koczy, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Renate Künast, Fritz Kuhn, Monika Lazar, Dr. Reinhard Loske, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Rainer Steenblock, Hans-Christian Ströbele, Jürgen Trittin, Margareta Wolf (Frankfurt), und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umsetzung des EU-Stufenplans zur Entwicklungsfinanzierung (0,7-Prozent-Ziel) durch Flugticketsteuer unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Verwirklichung des deutschen Beitrags zum EU-Stufenplan zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit kurzfristig analog zur französischen Initiative in Deutschland eine Flugticketsteuer einzuführen.

Berlin, den 9. Mai 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der Zuwachs der Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wurde im Rahmen eines Stufenplans der Europäischen Union im Mai 2005 vereinbart und im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 festgeschrieben. Demnach wird die Bundesregierung bis 2006 0,33 Prozent und bis 2010 mindestens 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufbringen und das VN-Ziel von 0,7 Prozent spätestens bis 2015 erfüllen. Dazu sollen die Erhöhung der Haushaltsmittel, Entschuldung der Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente beitragen.

Deutschland soll wie seine wichtigsten EU-Partner einen entschiedenen Beitrag dazu leisten, dass Millionen von Menschen aus der Armut befreit und nachhaltige Entwicklung, Krisenprävention und Friedenssicherung weltweit gestärkt werden. Die internationale Gemeinschaft hat sich im Rahmen der

Millenniumsziele und der Johannesburger Nachhaltigkeitsbeschlüsse dazu verpflichtet.

Vom 28. Februar bis zum 1. März 2006 trafen sich Vertreter und Vertreterinnen von 93 Staaten auf einer Ministerkonferenz zur Innovativen Entwicklungsfinanzierung in Paris, die auf eine Initiative des französischen Präsidenten Chirac zurückging. Auf der Konferenz kündigten Brasilien, Chile, Côte d'Ivoire, Frankreich, Jordanien, Kongo, Luxemburg, Madagaskar, Mauritius, Nicaragua, Norwegen und Zypern an, den internationalen Solidaritätsbeitrag auf Flugtickets umzusetzen. Großbritannien erhebt bereits einen Solidaritätsbeitrag auf Flugtickets.

Um zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren, wird Frankreich zum 1. Juli 2006 eine Ticketsteuer einführen. Auch Deutschland ist zur Erreichung der oben genannten Ziele der Entwicklungsfinanzierung auf innovative Finanzierungsinstrumente angewiesen. Neben der kurzfristigen Einführung einer Flugticketsteuer ist es wichtig, dass die Regierung international auch weiter aktiv und ergebnisorientiert an der Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente zur Förderung einer global nachhaltigen Entwicklung mitarbeitet, insbesondere in der EU, den G8 und im Rahmen der sog. Lula-Gruppe („Action against Hunger and Poverty“).